

SIEBEN JAHRE EVO MORALES IN BOLIVIEN

BILANZ EINES SELBSTERNANNTEN HOFFNUNGSTRÄGERS DER INDIGENEN

Susanne Käss

Im Dezember 2005 gewann Evo Morales Ayma mit 54 Prozent der Stimmen die Präsidentschaftswahlen in Bolivien. Der Führer der Kokabauerngewerkschaft,¹ der im Wahlkampf seine indigene Herkunft aus der Ethnie der Aymara betont hatte, erzielte das beste Wahlergebnis in der Geschichte der jungen Demokratie. Die Wahlen besiegelten den Niedergang des traditionellen Parteiensystems und bereiteten die Weichen für die heute unbestrittene Hegemonialstellung der Regierungspartei MAS (Bewegung zum Sozialismus). Ihr charismatischer Führer Morales wurde nicht nur in Bolivien, sondern auch in der internationalen Presse zum Hoffnungsträger für die Durchsetzung der Interessen der Armen und vor allem der indigenen Bevölkerung stilisiert. Er und seine Partei traten mit den Versprechen an, die Armut im Land durch ein Wirtschaftsmodell mit dem Staat als wichtigstem Akteur zu besiegen, die nationale Souveränität gegenüber internationaler Einmischung wiederzuerlangen, das republikanische politische System durch ein plurinationales Modell mit Aufwertung der indigenen Völker zu ersetzen und vehement gegen Korruption und Vetternwirtschaft vorzugehen.

Nach sieben Jahren dieser Regierung ist die Hoffnung vieler Menschen jedoch der Ernüchterung gewichen. Das Land feierte im Oktober das Ende der Militärdiktaturen und die Rückkehr zur Demokratie vor 30 Jahren. Gleichzeitig wird es von so vielen sozialen Konflikten erschüttert wie nie



Susanne Käss ist Auslandsmitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien und Leiterin des Regionalprogramms Politische Partizipation Indígena in Lateinamerika (PPI).

1 | Die Kokabauerngewerkschaften in Bolivien setzten und setzten sich in erster Linie für eine vollständige Legalisierung der Anpflanzung und Kommerzialisierung der Koka-Pflanze ein.

Obwohl es zu einem vollständigen Wechsel der politischen Eliten gekommen ist, florieren Korruption und Vetternwirtschaft. Die öffentliche Verwaltung ist ineffizient und intransparent.

zuvor seit 1982, und an der demokratischen Gesinnung der MAS kommen ernsthafte Zweifel auf. Obwohl es zu einem vollständigen Wechsel der politischen Eliten gekommen ist, florieren Korruption und Vetternwirtschaft.

Die öffentliche Verwaltung ist ineffizient und intransparent. Seit dem Streit um den Bau einer Straße durch das indigene Territorium und den Nationalpark Isiboro Sécuré (TIPNIS), für den die Regierung plädiert, der jedoch von vielen indigenen Bewohnern der Region abgelehnt wird, ist die indigene Bewegung gespalten und ein bedeutender Teil hat mit der Regierung gebrochen. Die Widersprüche zwischen Parteiprogramm und Ideologie, zwischen geweckten Hoffnungen und Realität sind ursächlich für die Zunahme der sozialen Konflikte im Land. Trotzdem ist es nicht unwahrscheinlich, dass Evo Morales im Jahr 2014 zum dritten Mal zum Präsidenten des Andenstaats gewählt wird.

NIEDERGANG DES TRADITIONELLEN PARTEISYSTEMS

Nach verschiedenen Militärdiktaturen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde in Bolivien 1952 durch die Revolution der Partei der Nationalistischen Revolutionären Bewegung MNR eine demokratische Phase eingeleitet, die bis 1964 andauerte. Darauf folgten mehrere, zum Teil sehr brutale Militärdiktaturen und 1982 der Übergang zu einer anfangs sehr instabilen Demokratie. Es bildete sich ein politisches System heraus, bei dem regelmäßig keine im Parlament vertretene Partei bei Wahlen die absolute Mehrheit erreichte und somit nach jeder Wahl Pakte zwischen verschiedenen Parteien geschlossen werden mussten, um die Regierungsfähigkeit zu garantieren. Dieses System wurde als paktierte Demokratie bezeichnet und ermöglichte dem Land ab Mitte der 1980er Jahre aufgrund klarer parlamentarischer Koalitionsmehrheiten eine Phase der Stabilität, in der zahlreiche Reformen durchgeführt wurden.

Die demokratische Wahl des ehemaligen Diktators Hugo Banzer im Jahr 1997 führte jedoch zum Stillstand der Reformen und zu zunehmenden Konflikten aufgrund einer steigenden Frustration der Bevölkerung über die politischen Eliten. Die Koalitionsregierungen, die demokratische Stabilität erst garantiert hatten, gerieten zunehmend in

den Verruf, verantwortlich für Korruption, Vetternwirtschaft und Postenschieberei zu sein. Die Bürger fühlten sich durch die kleine politische Elite, die sich periodisch an der Macht abwechselte, nicht repräsentiert. Bereits bei den Wahlen 2002 kündigten sich die Marginalisierung einiger bisher großer Parteien und das Erstarken neuer politischer Kräfte an. Gonzalo Sánchez de Lozada, der MNR angehörig und bereits von 1993 bis 1997 Präsident Boliviens, gewann die Wahl mit knappem Vorsprung vor Evo Morales Ayma, der für die MAS kandidierte. Diese war erst wenige Jahre zuvor gegründet worden und hatte bis zu diesem Zeitpunkt auf nationaler Ebene keine Rolle gespielt. Die politische Krise kulminierte in dieser zweiten Amtszeit von Sánchez de Lozada, in der es kaum noch um Inhalte, sondern hauptsächlich um die Ämtervergabe zwischen Koalitionspartnern ging, und endete nach Volksunruhen über konkrete Politiken im Oktober 2003 im Chaos. Der MAS gelang es in dieser Zeit, schnell von einer regionalen Kraft zu einer national erfolgreichen Partei zu werden.



2005 wurde Evo Morales im ersten Wahlgang mit 54 Prozent der Stimmen und einer Rekordwahlbeteiligung zum Präsidenten gewählt. | Quelle: Marcello Casal Jr. / ABr (CC BY).

DER AUFSTIEG DER MAS UND DER ERFOLG IHRER FÜHRUNGSFIGUR EVO MORALES AYMA

Evo Morales Ayma wurde 1959 als Sohn einer Bauernfamilie im kleinen Ort Isallavi im Kanton Orinoca im Departement Oruro in extrem armen Verhältnissen geboren.² Auf der Suche nach besseren Lebensumständen emigrierte die Familie Morales für einige Jahre nach Argentinien, kehrte dann zurück und siedelte sich 1982 im subtropischen Departement Cochabamba in der Region Chapare an. Nach einer kurzen Zeit der Reisproduktion begann die Familie aufgrund der höheren Rentabilität, Koka zu pflanzen. Bereits 1983 wurde der junge Morales Sportsekretär in der kleinen Kokabauerngewerkschaft San Francisco, zwei Jahre später Generalsekretär. Dies war der Anfang einer steilen Gewerkschaftskarriere. 1988 wurde Morales zum Geschäftsführer des Dachverbandes der Kokabauerngewerkschaften der Tropenregion von Cochabamba gewählt.

Auf Druck der USA wurde unter der MNR-Regierung von Víctor Paz Estenssoro 1988 das bis heute gültige Gesetz Nr. 1008 der Regelung über Koka und kontrollierte Substanzen erlassen, das zwischen der Kokaproduktion für den legalen Konsum und der für die Drogenproduktion unterscheidet. Die Anbaufläche wurde auf Grundlage des Gesetzes schrittweise reduziert und die Produktion alternativer Produkte staatlich gefördert. Die USA forderten die

Eine teilweise Zerstörung der Anbauflächen ohne Entschädigung der betroffenen Bauern löste heftige Proteste gegen die Regierungspolitik und die Einmischung der USA aus.

komplette Zerstörung aller Kokafelder, doch weder Paz Estenssoro noch sein Nachfolger Jaime Paz Zamora zogen diese Möglichkeit in Erwägung, da durch eine solche Maßnahme ca. 300.000 Menschen ihre Lebensgrundlage verloren hätten. Eine teilweise Zerstörung der Anbauflächen ohne Entschädigung der betroffenen Bauern wurde jedoch durchgeführt. Dies löste heftige Proteste der Kokabauern gegen die Regierungspolitik und die Einmischung der USA aus. Sie führten an, dass sie nicht für die illegalen Tätigkeiten Dritter zur Verantwortung gezogen werden könnten. Jedoch war allen bewusst, dass nur ein kleiner Teil der produzierten Koka für den legalen Konsum

2 | Roberto Ortiz de Zárate, „Evo Morales Ayma“, Centro de Estudios y Documentación Internacionales de Barcelona, 20.12.2005, http://www.cidob.org/es/documentacion/biografias_lideres_politicos/america_del_sur/bolivia/evo_morales_ayma [15.10.2012].

verwandt wurde, vor allem aus der Anbauregion Yungas, und der Rest für die Kokainproduktion, vor allem aus der Anbauregion Chapare.

1994 organisierten die Kokabauern aus dem Chapare den „Marsch für die Koka, das Leben und die Würde“ nach La Paz, bei dem vor allem gegen die Militarisierung des Chapare und die Kriminalisierung der Kokabauern protestiert wurde. Als Evo Morales und sein Gefolge nur noch wenige Möglichkeiten sahen, ihre Forderungen mit den Mitteln der Gewerkschaft und der sozialen Bewegung durchzusetzen, beschlossen sie, die Instrumente der Demokratie zu nutzen und eine politische Organisation zu gründen, um an Wahlen teilnehmen zu können und somit demokratische Legitimation für ihr Handeln zu erlangen. Diese Intention fiel mit der Verabschiedung des Gesetzes über Bürgerbeteiligung im Jahr 1994 zusammen, auf dessen Grundlage den bolivianischen Gemeinden Ressourcen zu deren Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt wurden. Erstmals konnte vor allem die Landbevölkerung auf kommunaler Ebene Erfahrung im Bereich der öffentlichen Verwaltung sammeln und verstärkt am politischen Geschehen teilnehmen. Somit wurde ein Prozess der politischen Bewusstseinsbildung der Landbevölkerung initiiert. Im März 1995 fand in Santa Cruz der Kongress „Land, Territorium und politisches Instrument“ statt, auf dem der Dachverband der bolivianischen Landarbeitergewerkschaften CSUTCB, der Verband der bolivianischen Landfrauen Bartolina Sisas, der gewerkschaftliche Dachverband der bolivianischen migrierten Landarbeiter CSCB, in dem die Kokabauergewerkschaften organisiert waren, und der Dachverband der indigenen

Völker des bolivianischen Ostens CIDOB die Gründung der Asamblea por la Soberanía de los Pueblos (Versammlung für die Souveränität der Völker) als politische Organisation beschlossen. Das verstärkte Eintreten der

Das verstärkte Eintreten der indigenen Bevölkerung für politische Positionen lässt sich durch die internationale Kampagne über 500 Jahre Widerstand gegen die Kolonialherrschaft erklären.

indigenen Bevölkerung für politische Positionen lässt sich unter anderem durch die internationale Kampagne über 500 Jahre Widerstand gegen die Kolonialherrschaft um 1992 erklären. Insofern organisierten sich in der neuen politischen Bewegung verschiedene Sektoren der Landbevölkerung. Ein Antrag auf die Registrierung als Partei und die Zuteilung einer entsprechenden Rechtspersönlichkeit an das Wahlgericht wurde jedoch abgelehnt. Daher schloss

man sich der bereits bestehenden Partei der Vereinten Linken (IU) an und nahm 1995 an den Kommunalwahlen teil. Obwohl die neue politische Organisation im ganzen Land nur etwa drei Prozent der Stimmen erzielte, gewann sie im Chapare alle Bürgermeisterposten. Aufgrund dieses Erfolges forderten die Kokabauern eine Vormachtstellung im neu gegründeten, so genannten politischen Instrument, dem Führungsgremium der Organisation. Dies führte zum Streit zwischen dem in Santa Cruz zum Vorsitzenden ernannten Landarbeiterführer Alejo Véliz und Morales, dem Gewerkschaftsführer im Chapare.

Evo Morales konnte 1996 seine Führung bei den Kokabauern konsolidieren und wurde zum Präsidenten des Koordinationskomitees der sechs Kokabauergewerkschaften im tropischen Cochabamba gewählt. 1997 trat die IU bei den nationalen Wahlen an und erreichte landesweit nur 3,7 Prozent der Stimmen, jedoch 16,5 Prozent und vier Direktmandate für Abgeordnete in Cochabamba. Morales wurde zum Abgeordneten im Wahlkreis Chapare und Carrasco, den Kokaanbauregionen, gewählt und erzielte mit 70 Prozent der Stimmen landesweit das beste Wahlergebnis in einem Direktwahlkreis.

Im Jahr 1998 weitete sich der Führungsstreit in der IU auf den Vorsitz des Dachverbandes der Landarbeitergewerkschaften CSUTCB aus, um den Evo Morales und der Aymara-Führer Felipe Quispe konkurrierten. Letzterer hatte kurz zuvor noch eine Haftstrafe wegen Teilnahme an terroristischen Aktivitäten der radikalen indigenen Guerilla-Armee Tupaj Katari abgesessen, zusammen mit dem späteren Vizepräsidenten unter den Regierungen Evo Morales, Álvaro García Linera. Die CSUTCB spaltete sich daraufhin, und auch im politischen Instrument kam es zum Bruch.³ Da Morales an den Kommunalwahlen 1999 teilnehmen wollte, nahm er Verhandlungen mit der eingetragenen Partei MAS-U auf, die ihren Ursprung in der Falange Socialista hatte. Daraus entstand die MAS-IPSP, die „Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker“.⁴ Der Name der neuen Partei war als ein Statement

3 | Moira Zuazo, „Cómo nació el MAS?: La ruralización de la política en Bolivia“, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009, 37-40, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/bolivien/06276.pdf> [08.11.2012].

4 | Ortiz de Zárate, Fn. 2.

gegen die Einmischung der USA in die Belange des Chapare zu verstehen. Die Partei wurde zu Beginn eng mit der Kokaproblematik identifiziert und war daher für breite Bevölkerungsschichten nicht wählbar. Erst als die Krise der traditionellen Parteien sich zu einer Demokratiekrise ausweitete, konnte die MAS das entstandene Vakuum nutzen und ihre Macht ausweiten.

Als die Krise der traditionellen Parteien sich zu einer Demokratiekrise ausweitete, konnte die MAS das entstandene Vakuum nutzen und ihre Macht ausweiten.

Der erste radikale Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der liberalen Wirtschaftspolitik war der so genannte Wasserkrieg, der im April 2000 in Cochabamba ausbrach. Dabei handelte es sich um massive Straßenproteste gegen die Erhöhung der Wasserpreise durch den privatisierten Wasserversorger. Am 6. August 2001 trat Vizepräsident Jorge Quiroga die Nachfolge von Präsident Banzer an, der sich aufgrund eines akuten Krebsleidens zurückzog. Quiroga zeigte schnell eine harte Linie gegen die Kokaproduktion im Chapare. Als die Kokabauern zu Beginn 2002 vom bereits unterzeichneten Regierungsdekret Nr. 26415 erfuhren, das sogar das Trocknen und die Kommerzialisierung von im Chapare produzierten Kokablättern verbot, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen. Daraufhin sprach die Regierung von Narkoterrorismus und die Ethikkommission der Abgeordnetenversammlung entzog Evo Morales, den sie für die Ausschreitungen verantwortlich machte, sein Mandat.⁵ Allerdings war diese Maßnahme kontraproduktiv. Statt Morales zu schaden sorgten sie für einen sprunghaftigen Anstieg seiner Popularität. Die Partei rief ihn zum Präsidentschaftskandidaten aus.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 2002 erreichte Evo Morales 20,9 Prozent der Stimmen und lag somit nur 1,6 Prozent hinter dem erstplatzierten Gonzalo Sánchez de Lozada. In der Parlamentswahl erreichte die MAS 11,9 Prozent der Stimmen und wurde somit zur zweitstärksten Kraft. Evo Morales wurde mit 81,3 Prozent in seinem Wahlkreis erneut zum Abgeordneten gewählt und erzielte national wieder das beste Ergebnis. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hatte, musste der Kongress den Präsidenten zwischen den beiden bestplatzierten

5 | Xavier Albó, *Movimientos y poder indígena en Bolivia*, La Paz, Ecuador y Perú, 2009, 65-69.

Kandidaten wählen. In den Tagen vor der Stichwahl warnte der US-Botschafter Manuel Rocha vor einer Wahl Morales'. Diese könne die Streichung der US-Entwicklungshilfe von 90 Millionen US-Dollar jährlich zur Folge haben. Morales gewann die Stichwahl im Kongress nicht, nutzte jedoch die Gelegenheit, um die Einmischung der USA in innere Angelegenheiten anzuprangern.⁶

Schon nach kurzer Zeit verschärften sich die sozialen Konflikte unter der zweiten Regierung von Gonzalo Sánchez de Lozada. Im Februar 2003 kam es aufgrund der Ankündigung von Steuererhöhungen durch die Regierung zu gewalttätigen Protesten im Regierungssitz La Paz, bei denen es ca. 30 Tote gab. Morales schwang sich bei diesem Konflikt zum Wortführer nicht nur der MAS, sondern der gesamten außerparlamentarischen Opposition auf und organisierte Protestmaßnahmen auf den Straßen der Republik. Diese richteten sich auch gegen die Ankündigung der Regierung, Gas über Chile in die USA zu exportieren.

Vor allem die feindlichen Gefühle gegenüber Chile, gegen das man im Pazifikkrieg von 1879 bis 1883 den Zugang zum Meer verloren hatte,⁷ sowie die Befürchtung, das einfache Volk würde keinen Anteil an den Mehreinnahmen durch die Gasexporte genießen, heizten die Unruhen an, die sich vom Regierungssitz La Paz ausgehend auf das gesamte Land ausweiteten. Nach einer Totalblockade von La Paz, dem Eingreifen des Militärs und der Flucht des Präsidenten am 17. Oktober 2003 hinterließ der bürgerkriegsähnliche Konflikt mehr als 60 Tote sowie

Nach den Unruhen fühlte sich die Mittelschicht vom traditionellen System abgestoßen. Die MAS hingegen konnte durch moderate Positionen bei der Mittelschicht punkten.

tiefe Wunden im kollektiven Gedächtnis der Bolivianer und besiegelte das Ende der so genannten paktierten Demokratie sowie des traditionellen Parteiensystems. Durch die Explosion der Gewalt fühlte sich nun auch die Mittelschicht vom traditionellen System abgestoßen. Die MAS hingegen konnte durch moderate Positionen bei der Mittelschicht punkten. So unterstützte die Partei die verfassungsmäßige Nachfolge von Sánchez de Lozada durch den Vizepräsidenten Carlos Mesa und unter diesem die Durchführung eines

6 | Ortiz de Zárate, Fn. 2.

7 | Matthias Mäckelmann und Michael Lingenthal, „Peru und Chile – Führt der Weg zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen über Den Haag?“, *KAS-Auslandsinformationen*, 3/2012, <http://kas.de/wf/de/33.30495> [31.10.2012].

Referendums über den Umgang mit den Ressourcen Gas und Erdöl im Jahr 2004.⁸ Bereits bei den Kommunalwahlen im Dezember 2004 war die MAS mit 18,4 Prozent die meist gewählte politische Kraft. 2005 wurde Evo Morales im ersten Wahlgang mit 54 Prozent der Stimmen und einer Rekordwahlbeteiligung zum Präsidenten gewählt.

Dieser schnelle Aufstieg der MAS war nur durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren möglich. Nach der Wirtschaftskrise unter der linken UDP-Regierung von 1982 bis 1985 wurden liberale Reformen durchgesetzt, die zwar zu makroökonomischer Stabilität führten, die Probleme der Armut und sozialen Ungleichheit jedoch nicht lösen konnten. Die Landbevölkerung, vor allem diejenige indigener Herkunft, fand lange Zeit keinen Platz im politischen System. Durch das Gesetz der Bürgerbeteiligung von 1994 konnten diese Teile der Bevölkerung sich erstmals aktiv am politischen Leben beteiligen und entwickelten ein neues politisches Bewusstsein. Die MAS wurde zu ihrem Sprachrohr und stützte sich dabei auf die stabile Struktur des gesamten Gewerkschaftsapparats und auf jahrzehntelange Organisationserfahrung. Diese Räume wurden genutzt, um sich politisch zu organisieren und um auf ein treues Wählerpotenzial zurückzugreifen, das aufgrund der gewerkschaftlichen Traditionen oft geschlossen für einen Kandidaten abstimmt. Die Funktionen der Gewerkschaften wurden somit ausgeweitet. Um politische Ziele zu erreichen, wurde eine Strategie der Kombination demokratischer Willensbildung durch z.B. Arbeit im Parlament mit extraparlamentarischen Ressourcen wie Straßenblockaden, Streiks und öffentlichen Protesten kombiniert. Durch die staatliche Unterdrückung zu Beginn der Erstarkung der MAS wurde der Zusammenhalt innerhalb der Bewegung zementiert. Das traditionelle politische System stand bereits am Rande des Kollapses und die MAS verstand es, frei werdende Räume geschickt auszufüllen. Wurden zu Beginn lediglich die Positionen der Kokabauern vertreten, so versuchte die Partei ab dem Beginn des 21. Jahrhunderts, auch moderatere Positionen zu vertreten, um von breiten Bevölkerungsschichten gewählt zu werden.

Das traditionelle politische System stand bereits am Rande des Kollapses und die MAS wusste es, frei werdende Räume geschickt auszufüllen.

8 | Fernando Mayorga, „El gobierno de Evo Morales: cambio político y transición estatal en Bolivia“, *En Tendencias políticas actuales en los países andinos*, Kyoto, 2008, 31.

PROGRAMM UND IDEOLOGIE DER MAS

Nach ihrer Konstituierung stützte sich die MAS in erster Linie auf die Verteidigung der Kokapflanze als substanziellen Teil der andinen Kultur, in der diese in medizinischen und religiösen Riten einen bedeutenden Platz einnimmt. Zudem verurteilte die Partei die von den USA geforderte Ausrottung der Pflanze und gründete darauf ihren antiimperialistischen Diskurs.⁹

Doch schon bald wurde der Parteiführung unter Evo Morales klar, dass der Diskurs ausgeweitet werden musste, um bei Wahlen realistische Chancen auf die Macht zu erlangen. So formulierte die MAS bereits im Vorfeld der Wahlen 2002 allgemeine Positionen der Kritik am traditionellen Parteiensystem. Evo Morales wurde zum Führer aller Sektoren der Landbevölkerung aufgebaut und vertrat vermehrt auch indigene Positionen. In diesem Zusammenhang kam ihm zugute, dass die meisten Kokabauern den Völkern der Aymara und Quechua entstammen, obwohl sie zum größten Teil ihre traditionellen Territorien aufgegeben haben, um

Die MAS forderte eine Verfassunggebende Versammlung mit dem Ziel, eine Magna Charta zu entwickeln, die soziale Aspekte in den Vordergrund stellen sollte.

ins Chapare zu migrieren. Im wirtschaftlichen Bereich wurde vor allem Kritik an einem neoliberalen Wirtschaftsmodell artikuliert, das nicht zu einer deutlichen Verminderung der Armut geführt habe. Die MAS forderte eine Verfassunggebende Versammlung mit dem Ziel, eine Magna Charta zu entwickeln, die soziale Aspekte in den Vordergrund stellen sollte. Im politischen Bereich wurden Korruption und Vetternwirtschaft der Kampf angesagt.

Diese Positionen wurden weiter ausdifferenziert und vor den Wahlen 2005 präsentierte Morales einen Zehnpunkteplan: Durchführung einer Verfassunggebenden Versammlung, Nationalisierung und Industrialisierung von Erdgas und Erdöl, Autonomiegesetz zur wirtschaftlichen und politischen Dezentralisierung, Plan zur produktiven Entwicklung und zur Abschaffung des neoliberalen kolonialen Wirtschaftsmodells, Plan zur öffentlichen Sicherheit, Antikorruptionsgesetz, Gesetz zur Konsolidierung der Staatsfinanzen, Gesetz zur Verteilung von Grund und Boden und zur landwirtschaftlichen Entwicklung, gerechteres

9 | Rafael Archondo, „La ruta de Evo Morales“, *Nueva Sociedad*, 209/2007, 82-99, 92.

Sozialversicherungssystem und ein neues Bildungsgesetz zur Aufwertung der Kultur. Im Wahlkampf wurde aus Marketinggründen der indigenen Frage Priorität eingeräumt, was unter anderem dazu führte, dass Evo Morales im Ausland fälschlicherweise in erster Linie als Indigener und nicht als Gewerkschaftsführer wahrgenommen wird.

Schon in diesem Programm werden die verschiedenen Strömungen deutlich, die sich unter dem Dach der MAS vereinen: Nationalismus, Sozialismus und Indianismus.¹⁰ Die Vertreter der ersten Strömung forderten die Nationalisierung der natürlichen Ressourcen und eine Politik gegen die Einmischung des Auslands in innere Angelegenheiten. Sozialistische Positionen drückten sich im Ruf nach gleicher Einkommensverteilung durch Reformen des Wirtschafts- und Sozialsystems sowie nach einer Landreform nach sozialistischem Vorbild aus. Diskursiv wurde dabei der Klassenkampf durch einen Kampf der Ethnien ersetzt. Der Indianismus reklamierte die Dekolonisierung des Systems und die Auferstehung einer Aymara- und Quechua-Nation. Hier wird deutlich, dass die Positionen der indigenen Völker des bolivianischen Ostens nicht berücksichtigt wurden. Diese teilweise sehr unterschiedlichen Strömungen sind untereinander nicht immer kohärent und hätten ohne die starke Führung von Evo Morales, der sie als Teile einer einzigen Ideologie darstellt, wohl keinen Zusammenhalt. Die diffuse Ideologie scheint für die Partei jedoch auch oft ein Vorteil zu sein, da sehr verschiedene Wähler angesprochen werden und eine flexiblere strategische Planung möglich ist.

Unter dem Dach der MAS vereinen sich die verschiedensten Strömungen: Nationalismus, Sozialismus und Indianismus.

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung 2006 trat der Nationale Entwicklungsplan in Kraft, der das Ende der Armut und Ausgrenzung durch Staatskapitalismus und Verteilungspolitik vorsah. Ziel war die Errichtung eines souveränen, autonomen Staats mit pluraler Wirtschaft, in der staatliche, private und kommunitäre Wirtschaftsformen der indigenen Völker zusammenwirken sollten. Im Mittelpunkt sollte das gute Leben (*Vivir bien*) stehen, ein Konzept, das aus der Aymara-Kultur herrührt (*Suma qamaña*) und die

10 | María Teresa Zegada Claire, „Socialismo Comunitarista y Proceso de Cambios como operadores ideológicos en el discurso del MAS“, *¿El MAS es de Izquierda?*, 2011, 37-45.

Harmonie des Miteinanders und des Lebens im Einklang mit der Natur und anderen Lebewesen in den Vordergrund stellt. Durch den Staat als Protagonist der wirtschaftlichen Entwicklung und mit der Gründung staatlicher Unternehmen in strategischen Sektoren sollten die Selbstversorgung im Energiebereich unter anderem durch die Erhöhung der Öl- und Gasproduktion sowie allgemeiner Wohlstand erreicht werden.

Der Korruption sollte durch die Möglichkeit der Untersuchung privater Vermögen und der Verabschiedung eines Antikorruptionsgesetzes entgegengewirkt werden.

Im Regierungsprogramm wurden auch im gesellschaftlichen Bereich weitere Ziele und Maßnahmen formuliert. Der Korruption sollte unter anderem durch die Möglichkeit der Untersuchung privater Vermögen und der Verabschiedung eines Antikorruptionsgesetzes entgegengewirkt werden. In der öffentlichen Verwaltung wollte man auf das Grundprinzip der Transparenz aufbauen. Instanzen der sozialen Kontrolle müssten eingerichtet und befugt werden, das Regierungshandeln ständig zu überprüfen. Durch die Errichtung eines multinationalen Staates hoffte man, die Widersprüche zwischen dem politischen System, das von einer homogenen Gesellschaft ausginge, und der Realität überwinden zu können.¹¹

Diese Konzepte spiegeln sich stark in der im Februar 2009 erlassenen Verfassung wieder. In der 2006 gewählten Verfassungsgebenden Versammlung verfügte die MAS über eine einfache Mehrheit. Die zweitstärkste Kraft bildete PODEMOS, deren Parteivorsitzende der ehemalige Präsident Jorge Quiroga war. Trotz massiver finanzieller und zeitlicher Ressourcen konnte in den Ausschüssen jedoch aufgrund unüberwindbarer Divergenzen keine Einigung erzielt werden. Im Dezember 2007 wurde ein lediglich von der MAS erstellter Verfassungsentwurf in irregulärer Weise unter Ausschluss der Opposition verabschiedet. Nachdem es 2008 im Rahmen dieses Prozesses zwischen der Regierung und der Opposition zu mehreren gewaltsamen Konflikten gekommen war, bemühten sich beide Lager um einen konstruktiven Dialog. Eine parlamentarische Kommission aus Vertretern aller Parteien verhandelte über einige der

11 | MAS-IPSP, „Programa de Gobierno MAS-IPSP. Bolivia digna soberana y productiva para vivir bien“, <http://constituyentesoberana.org/info/files/Programa%20Gobierno%20MAS-%20IPSP%202005.pdf> [15.10.2012].

strittigen Passagen im Verfassungstext, der entsprechend verändert und dann im Januar 2009 in einem Referendum angenommen wurde. Besonders stark sind darin indianistische Positionen verankert. Bolivien wird als plurinationaler Staat mit 36 eigenen indigenen Sprachen charakterisiert. Im Mittelpunkt steht das Konzept einer diversen, fragmentierten Gesellschaft. Die Einzigartigkeit der traditionellen indigenen Kulturen wird herausgestellt. Für die bestehenden Probleme wird die Jahrhunderte lange Unterdrückung der indigenen Völker verantwortlich gemacht, die durch Dekolonisierung wieder gutgemacht werden soll.¹²

ENTTÄUSCHENDE REALITÄT

Am 1. Mai 2006 wurde der Erdgas- und Erdölsektor per Regierungsdekret 28701 nationalisiert. Diese Maßnahme fand die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung. Die radikale Rhetorik der MAS wurde jedoch nur teilweise in die Tat umgesetzt. So wurden neue Spielregeln für ausländische Firmen festgesetzt, ohne ganz mit diesen zu brechen. Aufgrund der steigenden Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas erhöhen sich die Staatseinkünfte aus diesem Sektor jährlich und machen ca. 60 Prozent der Einnahmen aus. Trotz dieser sehr günstigen Konjunktur hat es die Regierung bisher versäumt, in Infrastruktur in diesem Bereich zu investieren und eine Politik der Wirtschaftsdiversifizierung zu betreiben. Die Wirtschaft ist in hohem Maße von externen Faktoren wie der globalen wirtschaftlichen Entwicklung und den Weltmarktpreisen für die von Bolivien exportierten Rohstoffe abhängig. Das Ziel der Energie-Selbstversorgung konnte nicht erreicht werden: Bolivien importiert Benzin und investiert Staatsgeld, um die Benzinpreise für die Verbraucher niedrig zu halten. 755 Millionen US-Dollar wurden dafür im Haushalt 2012 angesetzt, das macht ca. 0,51 Prozent des BIP aus. Der Versuch, diese Art der Subvention durch ein Regierungsdekret am 26. Dezember 2010 abzuschaffen, scheiterte an Ausschreitungen und Protesten der Bevölkerung. Die Benzinpreise hätten sich durch diese Maßnahme fast verdoppelt. Durch die niedrigen Preise sind die Anreize für Unternehmen gering, im Erdölsektor zu investieren.

Das Ziel der Energie-Selbstversorgung konnte nicht erreicht werden: Bolivien importiert Benzin und investiert Staatsgeld, um die Benzinpreise für die Verbraucher niedrig zu halten.

12 | Fernando Molina, „La ideología de la Constitución 2009“, *Fundación Milenio*, 2009, 39-41.

Trotz makroökonomischer Stabilität und direkten staatlichen Geldtransfers beklagen große Teile der Bevölkerung, keine wesentliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation zu spüren.

Da der Staat für bestimmte Lebensmittel Preisobergrenzen und Exportsperrern festgesetzt hat, um die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu garantieren, kam es bereits wiederholt zu Versorgungsengpässen. Dies trifft vor allem den landwirtschaftlich geprägten Osten des Landes, der bei Exporten von den hohen Weltmarktpreisen für Nahrungsmittel enorm profitieren könnte. Trotz makroökonomischer Stabilität und direkten staatlichen Geldtransfers an die bedürftige Bevölkerung beklagen große Teile der Bevölkerung, im eigenen Geldbeutel keine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu spüren. So war 2009, 2010 und 2011 z.B. die Inflation bei Lebensmitteln hoch.

Der Staatszentrismus wurde in der formellen Wirtschaft durchgesetzt. Dies widerspricht jedoch der Tendenz der Ausweitung des informellen Sektors, der durch den Staat nicht kontrolliert wird, der auch die staatlichen Auflagen z.B. zum Arbeitnehmerschutz nicht erfüllt und keine Steuern zahlt. Untersuchungen zufolge sind zwischen 59 und 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung im informellen Sektor tätig.¹³

Fast nicht existent ist das Gewaltmonopol des Staates in den Bereichen Schmuggel und Drogenhandel. Im Oktober 2012 kam es zu heftigen Konflikten zwischen dem Militär und mafiösen Schmuggelbanden in der Stadt Challapata, als letztere versuchten, vom Militär beschlagnahmte Autos aus einer Kaserne zu entwenden. In den Kokaanbauregionen gibt es große Gebiete ohne jegliche staatliche Präsenz. Da Evo Morales weiterhin das Amt des obersten Gewerkschaftsführers der sechs tropischen Kokabauergewerkschaften ausübt, geht die Regierung gegen die Kokaproduktion kaum vor. Die Anbaufläche erreicht nach Schätzungen der Vereinten Nationen inzwischen ca. 30.000 Hektar, obwohl im Gesetz 1008 für den legalen Anbau nur 12.000 Hektar vorgesehen sind. Im Februar 2011 wurde der Chef der bolivianischen Spezialeinheit für den Kampf gegen den Drogenhandel, General René Sanabria, unter Beteiligung des chilenischen Geheimdienstes in Panama aufgrund des Schmuggels von 144 Kilogramm Kokain in

13 | Fundación Milenio, *Informe de Milenio sobre la Economía*, Nr. 33/2012, 88-89.

die USA verhaftet. Nach einem vollständigen Geständnis wurde er zu 14 Jahren Haft in den Vereinigten Staaten verurteilt. In der brasilianischen Wochenzeitung *Veja* erschien im Juli 2012 ein Artikel, der dem derzeitigen Präsidentschaftsminister Juan de la Quintana und der Kandidatin für den Gouverneursposten im Departement Beni, Jessica Jordan, Verbindungen zu brasilianischen Drogenkartellen unterstellt. Die Zunahme des Drogenhandels und die damit einhergehende Präsenz internationaler Drogenkartelle in Bolivien hat die Lage der öffentlichen Sicherheit in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.

Die Zunahme des Drogenhandels und die damit einhergehende Präsenz internationaler Drogenkartelle in Bolivien hat die Lage der öffentlichen Sicherheit in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.

Das Versprechen, eine höhere Transparenz der öffentlichen Verwaltung herzustellen, wurde nicht eingelöst. Es wird, im Gegenteil, immer schwerer, Zugang zu offiziellen Daten und Statistiken zu erlangen. Auch Korruption und Vetternwirtschaft florieren weiterhin. Der größte Korruptionsskandal der bisherigen Regierung führte zu Beginn des Jahres 2009 zur Verhaftung von Santos Ramírez, damaliger Vorsitzenden der Erdgas- und Erdölfirma YPFB und enger Vertrauter von Morales. In der Personalpolitik der öffentlichen Verwaltung hat sich die Logik der Struktur der MAS durchgesetzt. Alle Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die die Regierung unterstützen, wollen Minister stellen und Mitglieder in der öffentlichen Verwaltung unterbringen. So hat sich eine ständige Personalrotation in den Ministerien in allen Posten etabliert, die einer Professionalisierung des Apparats im Weg steht. Dieses Fehlen an Sachkenntnis ist im bürokratischen Alltag für alle Bürger spürbar.

Die Verfassunggebende Versammlung wurde zwar durchgeführt, doch gelang es ihr nicht, einen Verfassungsentwurf zu erstellen, der zu einer Befriedung der Situation im Land hätte beitragen können. Vielmehr war der Verfassungsprozess Motiv für zahlreiche gewalttätige Konflikte. Der Verfassungstext ist an vielen Stellen widersprüchlich, was vor allem auf seine schnelle Aushandlung in der parlamentarischen Vermittlungskommission zurückzuführen ist. Eine Verfassung sollte einen gesellschaftlichen Minimumkonsens darstellen, auf den das gesellschaftliche und politische Leben aufbauen kann, was im bolivianischen Fall nicht gegeben ist. Der Respekt vor der Verfassung ist daher nur schwach ausgeprägt. Die Tatsache, dass unter den

Zweidrittelmehrheiten der MAS in beiden Kammern des Parlaments seit 2009 bereits mehrere verfassungswidrige Gesetze erlassen worden sind und auch die Regierung teilweise offen gegen die Verfassung verstößt, trägt nicht zum Entstehen einer Kultur des Respekts vor Verfassung und Gesetz bei.



Große Teile der Bolivianer leben von der Kokaproduktion. Die Regierung Morales geht dagegen kaum vor. | Quelle: Ryan Greenberg / flickr (CC BY-NC).

Vor allem die urbane Mittelschicht hatte sich nach der Krise der traditionellen Parteien von der Regierung der MAS eine Vertiefung der Demokratie erhofft. Das Versprechen, alle Sektoren der Gesellschaft, vor allem die Landbevölkerung, in das politische System zu integrieren, wurde erfüllt. Diese Ausweitung der politischen Partizipation ging jedoch mit dem Erstarken autoritärer Tendenzen im Handeln der Regierungspartei einher. So wurde das 2010 verabschiedete Antikorruptionsgesetz vor allem dazu genutzt, ehemalige Politiker der traditionellen Parteien und oppositionelle Politiker strafrechtlich zu verfolgen. Es ist zu einer vollständigen Politisierung der Justiz gekommen: Gegen fast alle oppositionellen Politiker sind bereits strafrechtliche Verfahren eröffnet worden. Durch diese Strategie wurden mehrere oppositionelle Bürgermeister und zwei oppositionelle Gouverneure suspendiert. Eine effektive Gewaltenteilung existiert nicht mehr: Die Regierungspartei kontrolliert mit

Zweidrittelmehrheiten beide Kammern des Parlaments und seit den politisierten Richterwahlen im Oktober 2011 auch die Judikative. Zahlreiche Vertreter der politischen Opposition sind ins Ausland gegangen, um politischer Verfolgung zu entgehen, und die verbliebene Opposition ist deutlich geschwächt. Es wurden bereits mehrere Gesetze erlassen, die die Presse- und Informationsfreiheit einschränken und kritische Journalisten werden regelmäßig vom Präsidenten öffentlich gebrandmarkt. Es hat ebenfalls gewalttätige Angriffe auf kritische Journalisten gegeben.

Offensichtlich hat die MAS die Demokratie aus pragmatischen Gründen zur Machterlangung und Umsetzung eigener Ziele, die sich im Kern gegen ein demokratisches System richten, genutzt.¹⁴ An dieser Stelle ist vor allem die Analyse des Diskurses des Vizepräsidenten Álvaro García Linera aufschlussreich. García gilt innerhalb der Regierung als Vordenker des sozialistischen Flügels. Er war in den 1990er Jahren Mitbegründer einer Gruppe von Intellektuellen, die sich „die Kommune“ nannte und linksideologische Texte veröffentlichte. Demokratische Wahlen wurden als Teil des liberalen repräsentativen Systems von der Gruppe abgelehnt, bis die MAS 2002 zur realen Machtoption auf demokratischem Weg wurde. Man propagierte die Revolution. Die Vordenker mussten ihre Ideologie nun an die neue Situation anpassen. Die Demokratie scheint somit das Mittel zu sein, nicht der Zweck.¹⁵

Die liberale Demokratie und der Rechtsstaat werden als Teil des kolonialen Systems gesehen. Die Verurteilung der repräsentativen Demokratie dient der MAS als Rechtfertigung, den Willen der Minderheiten zurückzuweisen. Eine kleine Elite trifft die Entscheidungen und behauptet, für das Volk zu sprechen. Jeglicher Widerstand wird im Keim erstickt. Nach H.C.F. Mansilla handelt es sich bei der MAS um die typische populistische Partei, die behauptet, immer Recht zu haben, da sie den Volkswillen verkörpere. Somit gehe ihr jegliche Fähigkeit zur Selbstkritik ab und die Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen sei sehr

Bei der MAS handelt es sich um die typische populistische Partei, die behauptet, immer Recht zu haben, da sie den Volkswillen verkörpere.

14 | Fernando Molina, „Teoría de la democracia bajo fuego“, *La democracia bajo fuego*, 2010, 7-71.

15 | Fernando Molina, *Conversión sin fe. El MAS y la democracia*, La Paz, 2007, VI-VII.

gering.¹⁶ Machtexzesse werden damit gerechtfertigt, auf diese Weise den Willen des Volkes durchzusetzen. Kommunale, regionale, departamentale und indigene Autonomien wurden durch die neue Verfassung zwar eingeführt, aber der Dezentralisierungsprozess wird von zentralstaatlichen Instanzen wie dem Autonomieministerium gelenkt. Damit sind der Dezentralisierung klare Grenzen gesetzt und es kommt kaum zu einer effektiven vertikalen Gewaltenteilung.

Die Verteidigung der nationalen Souveränität funktioniert sehr gut gegen die USA, deren Handeln stets als Einmischung interpretiert wird. So wurde im Jahr 2008 der US-Botschafter von Präsident Morales des Landes verwiesen und auch die Beamten der amerikanischen Drug Enforcement Agency mussten Bolivien verlassen. Das Handeln politischer Freunde wird jedoch sehr viel positiver gesehen. So gibt es zahlreiche kubanische, venezolanische und iranische Berater in der Regierung, vor allem im Bereich des Geheimdienstes. In diesen Fällen wird nicht von Einmischung gesprochen.

Nach Regierungsantritt 2006 wurde ein Vizeministerium¹⁷ zur Dekolonisierung im Kulturministerium eingerichtet. Der Vizeminister machte unter anderem durch die folkloristische Anweisung auf sich aufmerksam, dass die gesamte Belegschaft einmal in der Woche in indigener Tracht zu erscheinen habe. Die Dekolonisierung ist wahrscheinlich einer der diffusesten Bereiche der Regierungsideologie. Es erscheint unmöglich, in der über Jahrhunderte gewachsenen bolivianischen Kultur spanische Einflüsse von autochthonen indigenen Elementen klar zu trennen. So ist z.B. die traditionelle Tracht der Aymara-Frauen der europäischen Mode im 19. Jahrhundert nachempfunden. Die Regierungsrhetorik schafft viele Mythen und stellt die indigenen

Es erscheint unmöglich, in der über Jahrhunderte gewachsenen bolivianischen Kultur spanische Einflüsse von autochthonen indigenen Elementen klar zu trennen.

16 | Hugo Celso Felipe Mansilla Ferret, „El discurso de la descolonización, el indigenismo socialista y el nacionalismo tradicional en Bolivia, Reflexiones sobre la temática indígena en la Bolivia de hoy“, 2012, 9-41, 14-16.

17 | Die Ressorts in Bolivien sind jeweils noch in verschiedene Untereinheiten für bestimmte Themen, die so genannten Vizeministerien, unterteilt, an deren Kopf jeweils eine Vizeministerin oder ein Vizeminister steht, vergleichbar mit den deutschen Staatssekretären.

Kulturen als rein und erhaben dar. In der Realität suchen große Teile der indigenen Bevölkerung jedoch genau den Lebensstil, der von einer Mischung der Kulturen und westlichen vor allem technologischen Produkten geprägt ist.

Die indianistische Strömung in der MAS spiegelt sich vor allem im Diskurs der Regierung, nicht jedoch in der Realpolitik wider. Dies wird unter anderem im Fall TIPNIS deutlich, wo wirtschaftliche realpolitische Interessen des Straßenbaus für die Regierung wichtiger sind als die Konsultation der indigenen Völker und das *Vivir bien*. Der Bau der Straße durch den Nationalpark und das indigene Territorium war ein Wahlversprechen der MAS an die Kokabauern. So wird deutlich, dass der Präsident der Klientel der Kokabauern sehr viel stärker ergeben ist als den in traditionellen Gemeinden lebenden Indigenen. Nur wenige Minister stammen aus der indigenen Bewegung. Die urbane Mittelschicht und Vertreter verschiedener Gewerkschaften und sozialer Bewegungen sind im Kabinett sehr viel besser vertreten.

Von der MAS erklärtes Ziel der Dekolonisierung war unter anderem die Zerstörung der neoliberalen Institutionen. Diese war zwar erfolgreich, jedoch wurden keine neuen stabilen Institutionen geschaffen, die die abgeschafften ersetzen könnten. Trotz der großen Unterstützung durch die Bevölkerung ist es der Regierung nicht gelungen, den sozialen Frieden zu garantieren. Einer Studie der Fundación UNIR zufolge ist die Anzahl der sozialen Konflikte seit dem Regierungsantritt von Evo Morales kontinuierlich gestiegen. Allein im Jahr 2011 wurden 1,300 soziale Konflikte gezählt.¹⁸ Mit der Verteidigung indigener Rechte ging ein Angriff auf die Werte der urbanen Mittelschicht einher. Rafael Loayza führt an, dass die plurinationale Gesellschaft eine Fiktion sei und das versprochene Modell einer plurinationalen Staatlichkeit Erwartungen vor allem bei der indigenen Bevölkerung geweckt habe, die in der Realität nicht zu erfüllen seien. Somit sei es zu einem Anstieg der Konflikte gekommen.¹⁹

Die Anzahl der sozialen Konflikte ist seit dem Regierungsantritt von Evo Morales kontinuierlich gestiegen.

18 | „Informe de seguimiento y análisis de la conflictividad en Bolivia“, Fundación UNIR, 2012.

19 | Rafael Loayza Bueno, „El Estado Plurinacional ¿El camino hacia la convivencia imposible?“, *Reflexiones sobre la temática indígena en la Bolivia de hoy*, 2012, 45-68.

Pluralismus wird vom Großteil der in Gewerkschaften organisierten Bürger nicht als positiver Wert wahrgenommen, sondern als Synonym für Spaltung.

Die MAS ist in ihrem Demokratieverständnis der Logik der Gewerkschaften und der so genannten sozialen Bewegungen verhaftet, die meist sehr konkrete wirtschaftliche Inter-

essen vertreten. Pluralismus wird vom Großteil der in Gewerkschaften organisierten Bürger nicht als positiver Wert wahrgenommen, sondern als Synonym für Spaltung. Auch in politischen Entscheidungsfindungsprozessen in traditionellen indigenen Gemeinden wird das Konsensprinzip angewandt. Der Einheit wird ein hoher Wert beigemessen. So lässt sich z.B. die einheitliche Stimmabgabe bei Wahlen erklären. Die MAS versucht, die Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung aufrechtzuhalten. Nur so ist es zu erklären, dass Präsident Morales sein Amt als Gewerkschaftsführer weiterhin ausübt. Im Kabinett und in der öffentlichen Verwaltung üben zahlreiche Vertreter der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen Ämter aus. Außerdem finden regelmäßige Treffen mit der Basis statt. Das Druckmittel der Straßenblockaden wenden die Bewegungen nun gegen die MAS-Regierung an, sobald diese anderweitig nicht gewillt ist, bestimmte Entscheidungen zu treffen. Eine gemeinwohlorientierte staatliche Politik ist somit kaum möglich. Das effektivste Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen ist die teilweise gewalttätige Druckausübung auf der Straße geworden. Diese Praxis gibt es in Bolivien schon sehr lange, doch sie wurde von der MAS perfektioniert und wird jetzt gegen sie angewandt, was im Falle einer kontinuierlichen Steigerung des Konfliktpotenzials eine Gefahr für die Stabilität dieser Regierung darstellen könnte.

FAZIT

Momentan ist ein demokratischer Wechsel in Boliviens Politik nicht abzusehen. Die Opposition ist aufgrund der strafrechtlichen Verfolgung minimiert und in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Es ist eindeutig, dass die Regierung der MAS die durch sie geweckten Hoffnungen und hohen Erwartungen nicht erfüllen kann. Die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols, die defizitäre öffentliche Verwaltung und die zunehmenden sozialen Konflikte stellen eine Gefahr für die bolivianische Demokratie da. Die friedlichen Wege der parlamentarischen Demokratie zur Entscheidungsfindung werden nur ungenügend genutzt. An deren Stelle ist die Logik der oft gewalttätigen Straßenproteste getreten.

Falls es der Politik nicht gelingt, gegen diese Logik anzugehen und eine friedliche politische Kultur zu fördern, kann es zu einer Explosion der Gewalt im Land kommen.

In diesem Szenarium könnten die sozialen Bewegungen, die der MAS zum Aufstieg verholfen haben, die Regierung durch kontinuierliche gewaltsame Proteste zu Fall bringen. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich das Schicksal eines Präsidenten auf der Straße entscheidet. Falls Evo Morales die Forderungen der sozialen Bewegungen nicht erfüllen kann oder will, ist jedoch mit einer besonders heftigen Reaktion zu rechnen, da er sich stets als Teil dieser Bewegungen definiert hat und der Verrat aus der eigenen Mitte nicht toleriert werden würde.²⁰ Ohne die Unterstützung der ursprünglichen Basis wird sich die MAS nicht an der Macht halten können. Sollte es jedoch zu einem gewaltsamen Sturz der Regierung kommen, stellt sich die Frage, wer dieses politische Machtvakuum ausfüllen könnte, damit das Land nicht im Chaos versinkt. Eine Stärkung demokratischer Alternativen zur MAS ist unabdingbar, damit es zu einem demokratischen und geregelten Regierungswechsel durch Wahlen kommen kann und die Gewaltvisionen nicht zur Realität werden.

20 | Vertreter indigener Organisationen haben nach der TIPNIS-Problematik mehrfach betont, dass man mit einem Verrat durch Evo Morales nicht gerechnet habe und dieser daher unverzeihbar sei. Von den vorherigen Regierungen hätte man nichts anderes erwartet.